



HEIDELBERGER ERKLÄRUNG

Am 8. Oktober 2008 fand die erste Fachtagung zum Thema „Häusliche Gewalt“ am Universitätsklinikum Heidelberg statt. Mit dieser Tagung wollte das Uniklinikum Heidelberg ein Zeichen setzen und sich dem Heidelberger Interventionsmodell anschließen. Zukünftig soll in einer gemeinsamen Initiative ein Interventionsprogramm „Häusliche Gewalt“ entwickelt werden.

Stadt und Universitätsklinikum Heidelberg werden in Zukunft auf diesem Gebiet enger zusammenarbeiten. Die Stadt Heidelberg gründete zum Schutz und zur Betreuung von Gewaltopfern das „Heidelberger Interventionsmodell gegen Gewalt in Beziehungen (HIM)“. Der Runde Tisch, eine Vernetzung von Ämtern der Stadtverwaltung, der Polizei, der Justiz und allen einschlägigen Beratungsstellen arbeitet eng verzahnt mit den zwei Anlaufstellen für Betroffene – der Interventionsstelle für Opfer und der für TäterInnen – an der Optimierung der Verfahren.

Die Ausweitung des Platzverweisverfahrens auf den privaten Raum ermöglicht es Polizei und Ordnungsamt, bei häuslicher Gewalt gezielt einzuschreiten und gewalttätige Partner/Partnerinnen in bestimmten Fällen aus der Wohnung zu verweisen. Dies schützt Opfer vor weiterer Gewaltanwendung und ermöglicht ihnen zugleich, ihre Situation ohne Bedrohung zu überdenken, Beratungsangebote wahrzunehmen und gegebenenfalls gerichtliche Schritte nach dem Gewaltsschutzgesetz einzuleiten.

Die Vernetzung des „Heidelberger Interventionsmodells gegen Gewalt in Beziehungen“ und der Einrichtungen des Gesundheitssystems ist ein weiterer folgerichtiger Schritt zu einer nachhaltigen Verbesserung der Situation für Gewaltbetroffene.

Intervention in der Gesundheitsversorgung

Von häuslicher Gewalt gehen erhebliche Gesundheitsrisiken für die Betroffenen aus. Die Opfer sind zu über 90% Frauen und Kinder. In Deutschland erfährt jede vierte Frau körperliche, psychische und/oder sexualisierte Gewalt durch einen Beziehungspartner. Ein Drittel der Frauen erlebt die Gewalthandlungen systematisch und über viele Jahre.

Physische, psychosomatische oder psychische Misshandlungsfolgen führen Betroffene (eventuell mit ihren Kindern) früher oder später in eine Einrichtung des Gesundheitswesens. Mitarbeiterinnen der Gesundheitsversorgung sind häufig auch die ersten Außenstehenden, bei denen Misshandlungsoffer Hilfe suchen. Sie spielen daher eine entscheidende Rolle, wenn es darum geht, Gewalt im Kontext von gesundheitlichen Störungen zu erkennen, PatientInnen zu unterstützen und erneute Misshandlungen zu verhindern (Sekundärprävention).

Diese Interventionschancen in der Gesundheitsversorgung gegen häusliche und sexualisierte Gewalt sollen künftig in Einrichtungen des Uniklinikums verstärkt genutzt werden.

Manchmal sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unsicher, wie sie Gewalterfahrungen bei den Patientinnen und Patienten ansprechen können. Betroffene versuchen eher, den Gewalthintergrund ihrer Verletzungen aus Angst vor weiterer Misshandlung, aber auch aus Scham zu verschweigen oder zu verschleiern. Für Ärztinnen und Ärzte und für Pflegekräfte stellt sich in solchen Fällen die Frage, wie sie

- Gewalterfahrungen durch aktives und sensibles Nachfragen im Rahmen der Anamnese und Behandlung erkennen,
- chronische Beschwerden mit früheren Gewalterfahrungen in Verbindung bringen,
- Verletzungen und Beschwerden rechtsverwertbar dokumentieren und Frauen dadurch in straf- und zivilrechtlichen Auseinandersetzungen stärken,
- PatientInnen über weiterführende Krisen-, Beratungs- und Schutzeinrichtungen informieren können.

Weiteres Vorgehen

Erfahrungen anderer Städte zeigen, dass die unterstützenden Maßnahmen im Gesundheitsbereich den Betroffenen Mut machen und ihnen helfen, Wege aus der Gewaltspirale zu finden. Nur eine ursachenorientierte Gesundheitsversorgung bietet nachhaltig Gesundheitschancen für Gewaltbetroffene, wirkt präventiv und reguliert Folgekosten.

Die gemeinsam von der Stadt und dem Uniklinikum Heidelberg ausgerichtete Fachtagung leistete einen ersten Beitrag dazu, am Beispiel des Interventionsmodells SIGNAL die Möglichkeiten einer Intervention im Gesundheitsbereich auszuloten und die Kooperation mit dem bestehenden Heidelberger Netzwerk gegen häusliche Gewalt zu verstärken.

Zur nachhaltigen Etablierung eines Interventionsablaufs im Klinikalltag ist eine weitere Sensibilisierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Thematik häusliche Gewalt durch Schulungen und Fortbildungen erforderlich, um das Erkennen und die notwendige Handlungssicherheit im Umgang mit Opfern häuslicher Gewalt zu fördern. Ein „Arbeitskreis Häusliche Gewalt“ soll Empfehlungen für eine weiterführende Verankerung von Maßnahmen erarbeiten, die die Zusammenarbeit der Hilfesysteme und die Betreuung und Behandlung von Betroffenen verbessern können.

Professor Dr. Dr. h.c. J. Rüdiger Siewert
Leitender Ärztlicher Direktor

Bürgermeister Wolfgang Erichson
Dezernat für Integration, Chancengleichheit
und Bürgerdienste